

Postulat Fraktion GB/JA! (Hasim Sancar, GB/Lea Bill, JA!): Eine Partnerstadt oder Partnerregion für Bern.

Viele Schweizer Städte oder Kantone gehen erfolgreiche Partnerschaften mit Städten oder Regionen ärmerer Länder ein. So nutzte z.B. die Gemeinde Köniz während Jahren die Partnerschaft mit der serbischen Stadt Prijepolje, um mit zahlreichen Austauschprojekten und Aktionen einen regen, gelebten und für beide Seiten bereichernden Austausch zu pflegen. Auch der Kanton Bern konzentriert sein humanitäres Engagement auf ein spezifisches Land und verteilt seine Mittel gezielt – er hat seit Anfang der 90er-Jahre Projekte in Bulgarien unterstützt: „Im Rahmen seiner Möglichkeiten leistet der Kanton Bern einen Beitrag zum wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aufbau in benachteiligten Ländern. Im Vordergrund steht dabei die Umsetzung verschiedener Projekte in Bulgarien. Bei Krisen und Katastrophen leistet er Spontanhilfe.“ (Leitsätze zur Ausrichtung der Aussenbeziehungen, Seite 33). Die Aktivitäten der Kantone und der Gemeinden sind überdies nicht als isolierte Politikfelder, sondern als weitere Komponenten in den aussenpolitischen Handlungsfeldern der Schweiz zu verstehen.

Auf das Postulat Fraktion SP/JUSO (Markus Lüthi, SP) vom 8. Mai 2008: EURO 08 und dann? Eine Partnerstadt für Bern! (08.000169) antwortet der Gemeinderat, dass er in der laufenden Legislatur eine Städtepartnerschaft aufzubauen gedenke und der Verwaltung den Auftrag erteilt habe, bis im Januar 2010 eine Partnerschaft mit den Städten „Kopenhagen/Dänemark, Den Haag/Niederlande, Ljubljana/Slowenien und Hanoi/Vietnam näher auf eine mögliche Städtepartnerschaft hin zu überprüfen. Diese Städte aus der EU (inkl. erweiterte EU) und die aussereuropäische Stadt Hanoi haben alle das Potential, die Stadt Bern als Politikzentrum zu stärken, sind sie doch selbst die politischen Zentren der jeweiligen Länder.“

Wir begrüssen den Schritt des Gemeinderates für die Städtepartnerschaft. Wir denken aber, dass diese beabsichtigte Partnerschaft sich zu stark auf den europäischen Kontinent konzentriert und ärmere Regionen und Städte nicht genug berücksichtigt werden.

Die Ziele der Partnerschaft sind die Förderung des Austausches und Verständnisses zwischen Menschen, der Austausch von GemeindevertreterInnen, zivilgesellschaftlichen Institutionen, Schulklassen oder Kulturschaffenden. Grundsätzlich sollen Werte wie Lokaldemokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit gefördert werden. Die Städtepartnerschaft verfolgt demnach inhaltlich ähnlich gelagerte Ziele wie die spezialisierten Entwicklungsorganisationen. Die Erreichung dieser Ziele soll aber im Wesentlichen mit dem Austausch zwischen EinwohnerInnen und Institutionen der beiden partnerschaftlich organisierten Städte oder Regionen geschehen. Eine solche Partnerschaft ist also nicht nur ein konkreter Beitrag zur Entwicklung und Armutsbekämpfung, sondern entfaltet auch eine positive Wirkung für Bern, in dem die Wahrnehmungen von und die Verständigungen mit so genannten Fremden gefördert werden.

Die Stadt Bern hat bereits heute faktisch ein entwicklungspolitisches Engagement, das sich weiter spezifizieren liesse: Es existiert ein Fonds für Entwicklungszusammenarbeit und Nothilfe, mit welchem insbesondere Frauenprojekte unterstützt und Beiträge an Hilfswerke, z.B. zu Gunsten der Tsunami-Opfer, entrichtet werden. Allenfalls können mit Teilen dieser schon heute für Entwicklungszusammenarbeit bereitstehenden Mittel die Kosten einer solchen Städtepartnerschaft gedeckt werden. Je nach Umfang der Aktivitäten ist die in diesem Vorstoss gestellte Forderung nach einer Städtepartnerschaft deshalb weitgehend kostenneutral.

Wir fordern den Gemeinderat deshalb auf:

1. Eine Städtepartnerschaft auch mit einer Stadt oder Region im Nahen Osten, z.B. palästinensischen Städten wie Ost-Jerusalem, Nablus oder Ramallah oder anderen Städten aus wirtschaftlich schwächeren Regionen wie des West-Balkans (Kosovo, Mazedonien) einzugehen.
2. Die Auswahl der Partnerstadt oder Region in Absprache mit dem Kanton Bern (Dienst Aussenbeziehungen der Staatskanzlei) und der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) zu treffen.

Bern, 04. November 2010

Postulat Fraktion GB/JA! (Hasim Sancar, GB/Lea Bill, JA!), Judith Gasser, Aline Trede, Cristina Anliker-Mansour, Jeannette Glauser, Christine Michel, Rahel Ruch, Stéphanie Penher, Vania Kohli

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 23. März 2011

Der Gemeinderat